

Medienmitteilung

Thema	Vernehmlassung Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)
Für Rückfragen	Thomas Weibel, Tel. +41 78 602 13 57
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	30. Juni 2011

Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur langfristig sicherstellen

Die Grünliberalen begrüssen die Vernehmlassungsvorlage zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur im Grundsatz. Die Vorlage verfolgt das wichtige Ziel, die Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur in der Schweiz auf ein stabiles und zukunftsfähiges Fundament zu stellen. Damit wird ein bedeutsamer Schritt getan, um den Umbau unseres Transportsystems hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln voranzubringen. Unzureichend ist hingegen die vorgesehene Beziehung von Mineralölsteuermitteln als Finanzierungsquelle sowie die Tatsache, dass die widersinnige Subventionierung des Pendelns lediglich begrenzt und nicht gänzlich aufgehoben wird.

Die Grünliberalen betrachten den vom Bundesrat vorgeschlagenen Bahninfrastrukturfonds als wichtiges Instrument zur Finanzierung der Schieneninfrastruktur. Der unbefristete und umfassende Fonds ist geeignet, einerseits den langfristigen Bestand des Schienennetzes zu gewährleisten und stellt andererseits sicher, dass bei künftigen Ausbausritten auch die Folgekosten für Betrieb und Unterhalt Berücksichtigung finden.

Höherer Anteil der Mineralölsteuer und gänzlicher Verzicht auf Fahrkostenabzug als zusätzliche Finanzierungsquellen

Die Überführung der Finanzierungsquellen des FinöV-Fonds in den zu schaffenden Bahninfrastrukturfonds sowie die Erschliessung der vorgeschlagenen zusätzlichen Mittel begrüsst die Grünliberale Partei ausdrücklich. Insbesondere die vorgesehene Reduktion des Fahrkostenabzugs bei der direkten Bundessteuer als Finanzierungsquelle bedeutet einen Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinausgehend fordern die Grünliberalen einen vollständigen Verzicht auf die Abzugsfähigkeit von Fahrkosten sowohl für die direkten Bundes- als auch für die Kantonssteuern. Erst dadurch werden die widersinnige Subventionierung des Pendelns und die damit verbundenen Fehlanreize gänzlich beseitigt.

Stärkere Nutzerfinanzierung auch beim Auto

Eine stärkere Nutzerfinanzierung über die vorgesehene Erhöhung der Trassenpreise erachten wir im Grundsatz für richtig. Vorausgesetzt ist allerdings, dass künftig auch die Autofahrerinnen und Autofahrer einen höheren Beitrag leisten, die verursachten Kosten für Infrastruktur und Umwelt zu tragen. Aus diesem Grund unterstützen wir ausdrücklich den Vorschlag einer Erhöhung des Autobahnvignettenpreises und fordern zusätzlich auch eine Erhöhung der Mineralölsteuer. Zudem ist die Idee eines umfassenden Mobility Pricing weiter zu verfolgen, was insbesondere bedingt, dass eine bundesgesetzliche Grundlage für Roadpricingsysteme in der Schweiz geschaffen wird.

Wirtschaftlichkeit und Transparenz sicherstellen

Den Grünliberalen ist die Wirtschaftlichkeit des Schienensystems und die Transparenz der damit verbundenen Mittelflüsse ein wichtiges Anliegen. Aus diesem Grund befürworten wir die vorgesehene Vorgabe, dass jedem Ausbau der Bahninfrastruktur ein Bedarfsnachweis sowie ein ökonomisch fundiertes Angebotskonzept zugrunde gelegt und die Folgekosten aufgezeigt werden müssen.